

Resolution des Kreistages des Landkreises Ahrweiler für den Erhalt der Bundeswehrstandorte im Kreis Ahrweiler

Die Bundeswehr ist im Landkreis Ahrweiler ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und hat eine überragende infrastrukturelle Bedeutung. Mit rund 600 Beschäftigten im Amt für Nachrichtenwesen in Grafschaft-Gelsdorf sowie mit rund 950 Beschäftigten im Materialamt des Heeres in Bad Neuenahr-Ahrweiler ist die Bundeswehr der größte Arbeitgeber im Landkreis Ahrweiler.

Angesichts der jüngsten konzeptionellen Planungen der Bundesregierung zur Strukturreform der Bundeswehr ist der Kreistag des Landkreises Ahrweiler in großer Sorge um die Zukunft der Bundeswehrstandorte im Landkreis Ahrweiler. Insbesondere wird um die Sicherheit der Arbeitsplätze beim Materialamt des Heeres in Bad Neuenahr-Ahrweiler gefürchtet. Durch einen derzeit öffentlich diskutierten Personalabbau beim Materialamt des Heeres von über 50 % würde die Region einen weiteren herben Rückschlag erleiden und müsste weit über die Grenzen der Kreisstadt hinaus sozial-, wirtschafts- und strukturpolitische Einbußen hinnehmen.

Der Kreis Ahrweiler wird durch den Umzug von Parlament und Teilbereichen der Regierung von Bonn nach Berlin bereits vor große Herausforderungen gestellt, indem er die daraus resultierenden negativen Folgen zu bewältigen hat. Außerdem erholen sich der Kreis und seine Bäderkommunen erst allmählich von den folgenschweren Auswirkungen der Gesundheitsreform. Darüber hinaus ist er von massiven konversionsbedingten Stellenabbaumaßnahmen betroffen. Durch die endgültige Schließung des „Regierungsbunkers“ in Marienthal werden rund 200 Arbeitsplätze ersatzlos abgebaut. Zudem gehen dem Kreis Ahrweiler durch die im Jahr 2002 vorgesehene Verlagerung des Amtes für Wehrmedizinalstatistik der Bundeswehr von Remagen nach Andernach weitere 170 Arbeitsplätze unmittelbar verloren. Hinzu kommt das Ausbleiben mittelbarer Arbeitsplatzeffekte.

In einem ländlich strukturierten Landkreis sind qualifizierte und hochwertige Arbeitsplätze, wie die Bundeswehr sie bietet, trotz vielversprechender Ausgleichsprojekte kaum zu kompensieren.

Angesichts knapper werdender öffentlicher Mittel und geänderter Rahmenbedingungen verkennt der Kreistag nicht die Notwendigkeit einer Umstrukturierung der Bundeswehr. In die damit verbundenen Entscheidungsprozesse müssen jedoch derartige strukturpolitische Aspekte sowie die Belange der Soldaten, der zivilen Mitarbeiter und ihrer Familien mit einbezogen werden.

Die im Kreistag vertretenen Fraktionen sind einhellig der Auffassung, dass Erhaltung und Aufwertung der Bundeswehr im Kreis Ahrweiler von existentieller und grundlegender Bedeutung für den Kreis sind. Sie fordern den Bundesminister der Verteidigung deshalb auf, die Bundeswehrstrukturreform so zu gestalten, dass ein Stellenabbau beim Materialamt des Heeres in Bad Neuenahr-Ahrweiler oder an den übrigen Bun-

deswehrstandorten im Kreis unterbleibt oder als Ersatz hierfür das geplante „Logistikzentrum Bundeswehr“ in Bad Neuenahr-Ahrweiler angesiedelt wird.

Der Kreistag fordert die Landesregierung von Rheinland-Pfalz auf, sich weiterhin beim Bundesminister der Verteidigung für den Erhalt der Bundeswehrstandorte im Kreis Ahrweiler einzusetzen. Bund und Land werden aufgefordert, Wort zu halten - im Interesse der Region und der Menschen. Wir im Kreis Ahrweiler brauchen die Bundeswehr.

Daher wird auch der Kreis Ahrweiler weiter alles in seiner Macht stehende tun, die Bundeswehrstandorte in der Region zu stärken.